

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Carina Reiter, Julia Herr, Michael Bernhard, Lukas Hammer

Kolleginnen und Kollegen

betreffend Anti-Atom-Kurs Österreichs auch gegenüber Small Modular Reactors (SMRs) weiterführen

eingebraucht im Zuge der Verhandlung über **TOP 4 den Bericht des Umweltausschusses über den Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 816/A(E) der Abgeordneten Mag. Lukas Hammer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Anti-Atom-Kurs Österreichs konsequent weiterführen (472 d.B.)**

Small Modular Reactors (SMRs) sind kleine, modular aufgebaute Kernreaktoren mit einer Leistung von bis zu 300 Megawatt. Sie werden von der Atomlobby und zunehmend von einzelnen Regierungen als innovative, kostengünstige, schnell zu errichtende und klimakompatible neue Generation an Atomkraftwerken präsentiert. Tatsächlich handelt es sich dabei jedoch um eine Technologie, welche nicht marktreif ist, die mit erheblichen ökologischen, sicherheitspolitischen und ökonomischen Risiken verbunden ist und deren systemischer Nutzen weiterhin höchst fraglich sind.

Auf Ebene der Europäischen Union hat die Europäische Kommission im März 2026 die *Strategie für die Entwicklung und den Einsatz von kleinen modularen Reaktoren (Small Modular Reactors, SMR)* in Europa präsentiert. Das Potenzial dieser Technologie wird dabei als „*nächstes großes Industrieentwicklungsvorhaben Europas*“ beschrieben. Die Kommission sieht SMRs als potenziell entscheidend für ein flexibles, sicheres und effizientes Energiesystem. Die Strategie zielt auf eine Kommerzialisierung der Technologie in den 2030er Jahren ab.

Mehrere Regierungen von EU-Mitgliedstaaten treiben aktiv SMR-Projekte voran. Sie begründen dies vor allem mit der Notwendigkeit, die Energieunabhängigkeit zu steigern und die Dekarbonisierung voranzutreiben. Polen gilt dabei als das ambitionierteste Land innerhalb der EU. Auch Tschechien hat entsprechende Planungen angekündigt, insbesondere an bestehenden Standorten wie dem AKW Temelín nahe der österreichischen Grenze.

Wissenschaftliche Analysen kommen zum Ergebnis, dass SMRs weder hinsichtlich der Kosten noch hinsichtlich der Abfallentsorgung maßgebliche Vorteile gegenüber der konventionellen Atomenergie aufzeigen. Eine 2022 im Fachjournal *Proceedings of the National Academy of Sciences*^[1] veröffentlichte Studie von Forschenden der Stanford University und der University of British Columbia kommt zum Ergebnis, dass SMRs je nach Reaktortyp pro erzeugter Kilowattstunde potenziell deutlich mehr radioaktiven Abfall verursachen als herkömmliche Reaktoren. Ein umfassender Bericht des *Institute for Energy Economics and Financial Analysis* (IEEFA)^[2] kommt zum Schluss, dass SMRs auf absehbare Zeit zu risikobehaftet und nicht rechtzeitig verfügbar sein werden, um in den

kommenden 10 bis 15 Jahren einen relevanten Beitrag zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu leisten, während sie stattdessen Investitionen von bereits verfügbaren erneuerbaren Technologien abziehen, die schneller, günstiger und mit unmittelbarer Wirkung zu nachhaltigen Treibhausgas-Emissionsreduktionen führen. Zudem sind viele der für SMRs vorgeschlagenen Konzepte, insbesondere Flüssigsalzreaktoren oder schnelle Neutronenreaktoren, technologisch noch weit von der Marktreife entfernt. Der Aufbau eines validen industriellen Stands und einer Lieferkette, vom Uranabbau über Anreicherung bis zu Brennelementen, würde Jahre bis Jahrzehnte in Anspruch nehmen. In diesem Zeitraum wäre ein schneller Ausbau erneuerbarer Energieträger längst wirtschaftlich überlegen und daher politisch zu priorisieren.

Auch hinsichtlich der vorgesehenen dezentralen Nutzung von SMRs bestehen massive Bedenken. Befürworter, insbesondere aus der Industrie, preisen diese als maßgeblichen Vorteil der Technologie an. Dadurch entstehen jedoch an einer Vielzahl unterschiedlicher Standorte entsprechende Sicherheits- und Überwachungsanforderungen. Die bei SMRs bewusst angestrebte räumliche Nähe zu Bevölkerungszentren kann darüber hinaus im Störfall zu einer deutlich direkteren Betroffenheit führen als bei abgelegenen Großkraftwerken. Die Vielzahl neuer Standorte erhöht zudem das Proliferationsrisiko, also die Gefahr der Weiterverbreitung von spaltbarem Material für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen. Mit jeder zusätzlichen Anlage entstehen weitere Brennstoffkreisläufe, Transportwege und sicherheitsrelevante Schnittstellen, die überwacht und abgesichert werden müssen. Eine Dezentralisierung durch SMRs würde das Proliferationsrisiko nicht verringern, sondern erhöhen.

Auch unter geopolitischen Gesichtspunkten muss der Fokus der Kommission infrage gestellt werden. Ein großer Teil der derzeit beworbenen SMR-Designs stammt von Unternehmen aus Drittstaaten. Eine Vertiefung dieser Abhängigkeiten steht im Widerspruch zum Ziel der europäischen Energiesouveränität. Eine rasche Entwicklung europäischer Alternativen ist aktuell nicht absehbar.

Österreich hat in der Vergangenheit auf europäischer Ebene wiederholt klar Position gegen die Förderung und Ausweitung der Kernenergie bezogen und dabei sowohl politische als auch rechtliche Mittel genutzt, etwa im Zusammenhang mit Hinkley Point C oder Paks II. Dieser Ansatz soll im Hinblick auf SMRs konsequent fortgesetzt werden. Die Bundesregierung wird ersucht, den Anti-Atom-Kurs Österreichs auch in Bezug auf SMRs fortzuführen und sich auf EU-Ebene aktiv dagegen einzusetzen, dass diese Technologie als nachhaltiger oder gleichwertiger Ersatz für den Ausbau erneuerbarer Energien positioniert wird.

^[1] <https://www.pnas.org/doi/epdf/10.1073/pnas.2111833119>

^[2] https://ieefa.org/sites/default/files/2024-05/SMRs%20Still%20Too%20Expensive%20Too%20Slow%20Too%20Risky_May%202024.pdf

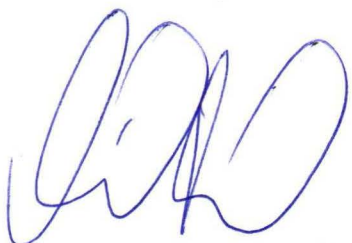
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

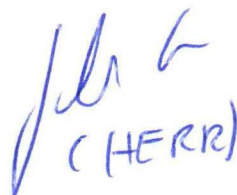
Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung wird ersucht:

- Die SMR-Strategie der Europäischen Kommission kritisch zu begleiten und sich auf europäischer Ebene gegen eine Finanzierung von SMR-Projekten aus Mitteln des EU-Haushalts einzusetzen;
- gegenüber Nachbarstaaten mit konkreten SMR-Planungen die österreichische Anti-Atom-Position klar zu kommunizieren und alle verfügbaren bilateralen und multilateralen Instrumente zu nutzen, um auf Einhaltung höchster Sicherheitsstandards zu bestehen;
- gegen die militärische Nutzung von Nukleartechnologie aufzutreten und sich für eine bessere Überwachung der gesamten Brennstofflieferketten innerhalb der Atomindustrie einzusetzen, um die Herstellung von Atomwaffen zu verhindern.
- sich gegen jede Form der staatlichen Beihilfe für SMR-Projekte in EU-Mitgliedstaaten einzusetzen
- die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten EU-Mitgliedstaaten zu intensivieren, um eine gemeinsame kritische Position gegenüber der SMR-Förderung auf EU-Ebene zu entwickeln und zu vertreten;
- sich dafür einzusetzen, dass öffentliche Investitionsmittel auf EU-Ebene vorrangig für erneuerbare Energien, Energiespeicherung und Energieeffizienz eingesetzt werden, anstatt in Nukleartechnologien wie SMRs.“



(Bernhard)



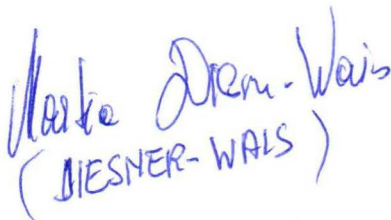
(HERR)



(KRÖTER)



(Hammerl.)



(DRIESNER-WALS)